

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperprers.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 481 K

10. Mai 2012

37. Jahrgang

Jan Stöß bisher in Friedrichshain-Kreuzberg nicht nominiert

Während gestern Abend die erste von vier Regionalkonferenzen für die Bezirke Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte im Hotel Berlin stattfand, auf der sich die beiden Kandidaten für den Landesvorsitz der Berliner SPD, **Michael Müller** und **Dr. Jan Stöß**, unter „Ausschluss der Presse“, wie vorab den Medien mitgeteilt wurde, vorstellten, gehen die Auseinandersetzungen auf Facebook munter weiter. Vor allem der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, **Torsten Schneider**, präsentiert sich ungeniert als Scharfmacher gegen **Michael Müller**.

Die ausgetauschten Argumente auf Facebook sind teilweise an Dummheit nicht zu überbieten. Da wird allen Ernstes geschrieben, wenn **Michael Müller** bereits im Dezember 2011 bei der Ankündigung seiner erneuten Kandidatur, eine Mitgliederbefragung angeregt hätte, **Jan Stöß** schon damals seine Kandidatur erklärt haben würde. Außerdem wird die Frage aufgeworfen, wann Tempelhof-Schöneberg **Jan Stöß** zur Vorstellung zu einer Kreisdelegiertenversammlung einlädt. Die Kreisdelegiertenversammlung von Tempelhof-Schöneberg fand am 21. April 2012 statt. Dieser Termin dürfte **Jan Stöß** bekannt gewesen sein. Am 23. April 2012, also nur zwei Tage später, erklärte Stöß dann seine Kandidatur. Das ist alles schon ein wenig merkwürdig. Stöß hätte beispielsweise am 20. April seine Kandidatur erklären und sich am 21. April im Rathaus Schöneberg vorstellen können. Man kann es drehen und wenden wie man will, dem Betrachter von außen erschließt sich nicht das Bild eines wochenlang mit sich und der Welt hadernden **Jan Stöß** über die Frage, wann kandidiere ich denn nun, nein, der Termin ist absichtlich so gewählt worden. Wir erinnern uns: **Michael Müller** war zu dem Zeitpunkt als Stöß seine Kandidatur bekannt gab, bei einer Veranstaltung der IHK. Es gibt sicherlich Zufälle im Leben, aber nie so viele auf einmal.

In Ermangelung eines Gegenkandidaten hat Tempelhof-Schöneberg **Michael Müller** am 21. April nominiert. Anders als Reinickendorf, wo man weder Müller noch Stöß zur Kreisdelegiertenversammlung eingeladen hatte, Stöß dennoch erschien und prompt nominiert wurde. Dass Stöß-Lager unternimmt alles, um die Macht im Kurt-Schumacher-Haus zu übernehmen und die Müllerstraße in Stöß-Allee umzubenennen. Übrigens: In Friedrichshain-Kreuzberg fand bisher keine Kreisdelegiertenversammlung statt, auf der sich Müller und Stöß vorstellen konnten. Auch hat der Kreis bislang nicht einmal seinen eigenen Vorsitzenden für den Chefposten bei der SPD nominiert. Zu dem Zeitpunkt als Stöß erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde, hatte er seine Kandidatur noch gar nicht erklärt, konnte also nicht nominiert werden.

Immer deutlicher wird die Taktik des Stöß-Lagers. Monatelang wurden die Medien mit der Möglichkeit einer Kandidatur von **Jan Stöß** gefüttert. Wer im Laufe des innerparteilichen Wahlkampfes Stöß inzwischen persönlich begegnet ist, hat nicht den Eindruck, hier handele es sich um einen zaghaften, schüchternen Menschen, der lange überlegen muss, um zu einem Ergebnis zu kommen. Bei Stöß handelt es sich um einen knallharten Machtpolitiker. So gesehen war das Herausögern der Bekanntgabe seiner Kandidatur genau geplant. Das Vorspiel diente allein dazu, **Michael Müller** und dessen Anhänger mürbe zu machen und zur vorzeitigen Aufgabe zu bewegen. **Michael Müller** ist in der laufenden Auseinandersetzung zur Höchstform aufgelaufen und hat sich als wortstarker Parteichef profiliert.

Bei der Frage Müller oder Stöß wollen nun auch die Parteimitglieder mitreden. Die Verbissenheit mit der das Stöß-Lager versucht, eine Mitgliederbefragung zu verhindern, lässt Zweifel an dem Demokratieverständnis dieser Leute aufkommen. Vorläufiger Höhepunkt ist ein Schreiben von Stöß' Stellvertreter in Friedrichshain-Kreuzberg, **Ralf Höschele**.

Höuschele behauptet in dem Schreiben, dass die Begeisterung von **Michael Müller** für ein Mitgliederbegehren ziemlich plötzlich käme. „Dieses Mitgliederbegehren ist jedenfalls ein ziemlich durchsichtiges machttaktisches Manöver. Offensichtlich haben die Unterstützer/innen von **Michael Müller** Angst vor dem Votum der Landesparteitagsdelegierten“, schreibt Stöß'-Vize. Nun, es war nicht **Michael Müller**, sondern Landeskassierer **Harald Christ**, der als erster eine Mitgliederbefragung ins Spiel brachte. So wie dem Müller-Lager unterstellt wird, es hätte Angst vor einer Entscheidung auf dem Landesparteitag, kann man auch dem Stöß-Lager unterstellen, dass es Angst vor einer Mitgliederbefragung habe.

„Ich gehe davon aus, dass wir in Friedrichshain-Kreuzberg die Kandidatur unseres Kreisvorsitzenden **Jan Stöß** unterstützen“, heißt es weiter. Eine Nominierung auf einer Kreisdelegiertenversammlung erübrigt sich offenbar, wenn der Vize-Vorsitzende von einer Unterstützung ausgeht. „Ich bitte euch deshalb, das Mitgliederbegehren nicht zu unterstützen“, bedrängt er seine Genossinnen und Genossen. Zu viel innerparteiliche Demokratie hält ja auch nur auf.

„Im Statut und den Richtlinien sind Mitgliederbegehren und daraus folgende Mitgliederentscheide für Sachfragen vorgesehen. Bei Personalentscheidungen ‚kann‘ eine Mitgliederbefragung vorgeschaltet werden. Eine solche Mitgliederbefragung muss aber vom Landesvorstand beschlossen werden.“

Empfehlenswert ist natürlich immer ein Blick in das Organisationsstatut (§§ 13 und 14), gerade erst neu im Dezember 2011 beschlossen, und in die Verfahrensrichtlinien, beschlossen am 26. März 2012. Danach ist jedes Mitglied berechtigt, ein Mitgliederbegehren einzuleiten. Im Punkt 8 der Verfahrensrichtlinien ist ganz eindeutig geklärt, dass die Bestimmungen für ein Mitgliederbegehren zur Durchführung eines Mitgliederentscheids nicht nur für den Kanzler- oder Spitzenkandidaten gilt, sondern auch „zur Durchsetzung einer Mitgliederbefragung im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen“. Und darum geht es.

Der Abschnitt III beschäftigt sich mit Mitgliederbefragungen im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen. „Mitgliederbefragungen können im Vorfeld von Wahlen von Ortsvereinsvorsitzenden, Unterbezirkvorsitzenden, Bezirks- und Landesvorsitzenden und Parteivorsitzenden durchgeführt werden. Das Verfahren wird nur durchgeführt, wenn es mindestens zwei Bewerber/innen gibt. Wird beschlossen, dass ein vorgeschaltetes Auswahlverfahren stattfindet, gilt diese Richtlinie für alle Gliederungsebenen verbindlich.“

„In jedem Fall“, schreibt **Ralf Höscherle**, „werden Vorstände vom Parteitag gewählt - das ist so auch im Parteiengesetz vorgeschrieben.“ Das ist richtig. Dieses Recht will niemand in Frage stellen. Bei einer Mitgliederbefragung werden keine Kandidaten gewählt. Es wird eine Empfehlung an den Parteitag ausgesprochen, denjenigen zu wählen, der bei der Befragung die meisten Stimmen bekommen hat. Im Vorfeld der Befragung müssen die Kandidaten eine Erklärung unterschreiben (Anlage A der Richtlinien). „Ich werde das Ergebnis dieser Befragung anerkennen und mich im Falle des Unterliegens bei dieser Befragung bei der späteren Wahlversammlung nicht mehr zur Wahl stellen.“ Klare Sache, bloß, die Wahlversammlung findet nicht nach der Befragung, sondern vorher statt.

„Nun wird versucht“, beklagt Herr Höschele, „mit einem Mitgliederbegehren zu einer scheinbaren Sachfrage eine Entscheidung auf dem Landesparteitag zu verhindern.“ Dem ist nicht so, sagen Experten, denn das von Spandauer Abteilungen in Gang gesetzte Mitgliederbegehren habe keine aufschiebende Wirkung. Nur der Landesvorstand könnte den Parteitag bis nach der Befragung verschieben. Und da sich der Landesvorstand mehrheitlich gegen eine Befragung ausgesprochen hat, ist mit einer Verschiebung nicht zu rechnen. Eine Verschiebung wäre dann vermutlich wieder viel zu viel innerparteiliche Demokratie für das Stöß-Lager. Natürlich würde bei einer Verschiebung nicht die Welt untergehen, denn, es handelt sich hier um den Posten eines Landesparteivorsitzenden, nicht um die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Drei Monate lang können nun die Initiatoren zehn Prozent der Mitgliederstimmen sammeln, das sind 1.653, um das Begehren zum Erfolg zu führen und die Mitgliederbefragung durchzusetzen. Wer rechnen kann, landet im August. Da dürfte aber die Entscheidung, wer neuer Landesvorsitzender wird, gefallen sein.

Was dann? Die Initiatoren könnten verärgert ihr Begehren stoppen, oder aber unverdrossen fortsetzen. Der beim Parteitag unterlegene Kandidat könnte erklären, dass er nicht erneut zur Verfügung steht, was das Verfahren auch beenden würde. Nur, wenn die Initiatoren weitermachen würden und der unterlegene Kandidat auch weiterhin zur Verfügung stünde und vielleicht als Sieger nach der Befragung feststeht, hätte die Partei ein großes Problem mehr. Also, mehr Probleme als die SPD im Augenblick hat, kann man sich ja kaum vorstellen. Der Selbstzerfleischungsprozess ist vermutlich längst noch nicht am Ende.

Bei den vielen Wens und Abers läuft alles auf die Ursprungsfrage hinaus. Hätte **Jan Stöß** zeitgleich mit **Michael Müller** seine Kandidatur erklärt, wäre ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Mitgliederbefragung zeitlich machbar gewesen. Das sollte aber von Anfang an verhindert werden.

„Die Folge“ von all dem, bedauert **Ralf Höschele**, „wäre eine monatelange Hängepartie, an der eigentlich niemand ein Interesse haben sollte.“ Wer hatte eigentlich Interesse daran, die Kandidatur von **Jan Stöß** monatelang hinauszuzögern?

Die besten Sätze, sind meist die letzten. So schreibt **Ralf Höscherle** abschließend: „Es ist ein befremdlicher Vorgang, dass der amtierende Landesvorsitzende bzw. seine Unterstützer/innen dieses in unseren Statuten klar geregelte Verfahren nicht akzeptieren wollen.“ Viel befremdlicher ist die Tatsache, dass ein stellvertretender Kreisvorsitzender die Statuten nicht kennt.

Ed Koch